

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: J. V. Feilg Larnow, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Stelbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die vierspaltige Beitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungszuschüsse und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Was wird nach dem Kriege?

Nach elf furchtbaren Kriegsmonaten scheint der heißersehnte Friede ferner zu sein als am Anfang, als alle Welt an eine nur kurze Kriegsdauer glaubte. Aber, wenn auch heute ein Ende noch nicht zu sehen ist, früher oder später muß doch die Zeit kommen, in der die hart mitgenommenen Krieger den Waffenrock mit dem Arbeitskleid vertauschen dürfen. Und es erscheint durchaus nicht als müßiges Vergnügen, schon jetzt darüber nachzudenken, wie sich etwa die allgemeine Wirtschaftslage und das Gewerkschaftsleben nach Friedensschluß gestalten könnten.

Das Prophezeien ist freilich ein mißlich Ding, zumal in Kriegsjahren. Wir haben uns zu Beginn des Krieges gründlich getäuscht über die voraussichtliche Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens, und es wäre denkbar, daß sich auch die Wiederumleitung in normale Verhältnisse ganz anders vollzieht, als wir uns heute träumen lassen. Nach dem vielerlei „Umlernen“ in den verflochtenen elf Monaten ist man gegenüber seiner Urteilskraft etwas mißtrauisch geworden. In der Tat hängen alle Betrachtungen über die Gestaltung der zukünftigen Dinge mehr oder weniger in der Luft, solange wir nicht wissen, welche Dauer der Krieg noch haben und welchen Ausgang er für uns nehmen wird. Davon hängt natürlich außerordentlich viel ab. Es gibt daneben aber noch einige Umstände mitbestimmender Art, über die wir uns heute schon einigermaßen klar werden können, und die es doch nicht so ganz unmöglich machen, sich eine Vorstellung von den kommenden Dingen zu machen. Adolf Braun hat darüber in einem ausgezeichneten Artikel über „Die Gewerkschaften vor, während und nach dem Kriege“ im Maiheft des Wiener „Kampf“ Betrachtungen angestellt, die sehr beachtenswert sind. Er gibt seiner Meinung, die sich auf nüchternen wirtschaftlichen Erwägungen stützt, in folgenden Worten Ausdruck:

„In drei Perioden möchte ich die ersten Jahre nach dem Frieden gruppieren:

1. In eine Zeit des Erfages der Rohstoffe mit dem Beginn einer Umformung der während des Krieges den militärischen Zwecken angepaßten Betriebe und der Bereitstellung der stillgelegten Betriebe für die Friedensbedürfnisse.

2. In eine leider nur kurze Periode höchster Prosperität infolge des Bedürfnisses, die vollständig leergewordenen Lager zu füllen, die Vernichtung und Verschleißung während des Krieges wieder auszugleichen und den starken Bedarf, der sich nach dem Kriege wieder einstellen dürfte, zu befriedigen. Aller Voraussicht nach wird diese Periode der Prosperität in eine Zeit der Ueberproduktion übergehen, aus der sich dann

3. eine Periode vermutlich recht langwieriger Wirtschaftskrise entwickeln dürfte.

Wir betrachten nun zuerst die erste Periode nach dem Friedensschluß. Dem Ausgleich der Nahrungsmittelvorräte und sonstiger aus dem Ausland zu beziehender Waren für den Konsum werden die ersten Verkehrsverhältnisse gewidmet sein. Dann erst wird man Halbfabrikate, Rohmaterialien, die nicht in der Heimat hergestellt werden können oder deren Produktionsbedingungen in der Heimat sehr begrenzt sind, einführen. Da alle kriegsführenden Staaten, ja selbst ein Teil der Neutralen, gleichzeitig ihre dringlichen Versorgungsbedürfnisse anmelden werden, so wird eine Stauung in den Ausfuhrhäfen, eine Verzögerung der Expeditionen, eine Verlangsamung bei der Ausführung der Bestellungen eintreten. Diese ungünstigen Momente werden gesteigert werden durch die Ausfuhrschwierigkeiten in den ergotzten Produktionsländern, die auch nicht in den Häfen all das verladungsbereit angeammelt haben können, was die importierenden Staaten bestellen werden. Dazu kommt die weitere Schwierigkeit des Schiffmangels. Ein großer Teil der Schiffe ist in den Heimathäfen zurückgehalten oder militärisch verwendet oder in neutralen Zufluchtsorten festgelegt, er muß erst dem Verkehrsbedürfnis angepaßt, jedenfalls in die Exporthäfen dirigiert werden.

Im Lande selbst müssen stillgelegte und zu Kriegsindustriewerten umgewandelte Fabriken wieder ihren ursprünglichen Zwecken angepaßt werden. Hieraus erwächst auch erhebliche Arbeit und Zeitverlust. Im wesentlichen ergibt sich aus diesen Erwägungen die für die Gewerkschaften sehr wichtige Tatsache, daß die Zeit nach dem Friedensschluß durchaus nicht, wie viele zu hoffen glauben dürfen, eine Periode starken Beschäftigungsgrades sein kann. Es ist im Gegenteil ins Auge zu fassen, daß aus den Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung wie der Transporte eine Fortdauer der Arbeitslosigkeit in der ersten Friedenszeit festzustellen sein wird, die sich erst langsam unterscheiden wird von der Zeit, in der der Krieg seinem Ende entgegengeht. In dieser wird zuerst die Arbeitslosigkeit durch den Rücktritt der aus dem Militärverhältnis ausscheidenden Militärsarbeiter gesteigert, durch den Abfluß der Kriegsgesangenen aber ein wenig gemindert werden.“

Gegen die heute schon erkennbaren Tatsachen, auf die der Verfasser seine Meinung stützt, daß alsbald nach dem Friedensschluß keineswegs eine Hochkonjunktur zu erwarten ist, läßt sich schwerlich etwas einwenden. Wir müssen also mit der hohen Wahrscheinlichkeit rechnen, daß wir nach Beendigung des Krieges in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression hineinkommen werden. Es ist nicht ausgeschlossen,

daß sie schnell vorübergeht, daß sich die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen und die Reorganisation der Produktion in wenigen Monaten vollzieht, daß die zunächst geminderten Inlandsbedürfnisse wettgemacht werden durch gesteigerte Inlandsbedürfnisse. Das ist, wie gesagt, möglich, aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß mit sehr viel sichhaltigen Gründen die Annahme zu rechtfertigen ist, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung lange Zeit in Anspruch nehmen wird.

Nun können natürlich auch bei einer im allgemeinen schlechten Geschäftslage einzelne Industrien flott zu tun bekommen. Dürfen wir uns in bezug auf die Holzindustrie solchen Hoffnungen hingeben? Ein Teil unserer Berufe hat vor dem Kriege im großen Umfang für den Export gearbeitet und hier sind die Aussichten auf schnelle Wiederherstellung der alten Verbindungen, ganz abgesehen von den natürlich noch auf längere Zeit beschränkten Transportmöglichkeiten, sehr gering. Das dürfte besonders auf die Musikinstrumentenindustrie zutreffen, die sich schon vorm Krieg gegen die mit wachsender Festigkeit unternehmenen Versuche, sie vom Weltmarkt zu verdrängen, wehren mußte. Für das Gros der Holzindustrie, die Tischlerei, steht die Sache insofern etwas günstiger, als es in der Hauptsache Inlandsbedürfnisse zu befriedigen hat und bei dem unbedingt notwendigen Wiederaufbau in den zerstörten Landesteilen beteiligt ist. Man darf aber nicht übersehen, daß die dort zu erwartenden Aufträge zum Teil schon jetzt ausgeführt werden und zum anderen nicht so umfangreich sind, um der gesamten Holzindustrie frisches Blut zuzuführen. Bleibt die allgemeine Wirtschaftslage nach dem Kriege auf längere Zeit gedrückt, dann eröffnen mangelnde Baulust und geringe Nachfrage nach Wohnungseinrichtungen auch für die Tischlerei schlechte Aussichten. Aber selbst, wenn alle Vorbedingungen günstig wären, würde die Umordnung gerade für die Holzindustrie einige Zeit in Anspruch nehmen. Zahlreiche Betriebe sind während des Krieges für ganz andere Zwecke eingerichtet worden und können nicht von heute auf morgen wieder ihre alte Produktion aufnehmen. Nicht nur die aus dem Felde zurückkehrenden Holzarbeiter warten nach Kriegsschluß auf die Einstellung, sondern auch die vielen Tausende, die jetzt in anderen Berufen Unterkommen gefunden haben.

Alles in allem also sind die Aussichten für das Wirtschaftsleben im allgemeinen und für die Holzindustrie im besonderen für die nächste Zeit nach Kriegsende nicht gerade rosig. Darauf jetzt schon den Blick zu lenken, erscheint uns nötig, weil unsere Verbandsarbeit aufs engste mit dem Verlauf der wirtschaftlichen Verhältnisse zusammenhängt. Unserer harren zweifellos große Aufgaben, nach innen und nach außen. Die Wiedereinrichtung der aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder, die Neuordnung der Verwaltungen und des ganzen Verbandslebens ist eine Arbeit, die allein schon unsere ganzen Kräfte in Anspruch nehmen müßte. Aber gleichzeitig werden wir mit gespanntester Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und auf die gewiß nicht ausbleibenden Versuche, uns die früher gewonnenen Positionen zu entreißen, zu achten haben. Nie zuvor haben sich gewaltige Aufgaben so auf einen Haufen zusammengedrängt, wie es für die Zukunft zu erwarten ist. Und deshalb ist die Notwendigkeit, die Organisation zusammenzuhalten, sie zu kräftigen und widerstandsfähig zu machen, niemals so zwingend gewesen, wie gerade jetzt. Wir legen das allen Kollegen eindringlich ans Herz, um nicht etwa die falsche Meinung aufkommen zu lassen, als ob nunmehr, nachdem das alte Statut wieder in Kraft gesetzt werden konnte, nach überwundener Gefahr die Hände in den Schoß gelegt werden dürften. Das wäre eine unselbige Verkennung der Motive, die den Vorstand geleitet haben. Vorauß es ankam, war, die Bahn frei zu machen für eine erweiterte Agitation, die Organisationsfreudigkeit bei den Mitgliedern zu beleben, ihren Eifer für den Verband zu werden, zu stärken. Wir müssen die Zeit, die uns noch bleibt, bis die großen Aufgaben der Zukunft an uns herantreten, feberhaft ausnützen, um dann gerüstet dazustehen. Niemand weiß heute, wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, aber das wissen wir mit aller Bestimmtheit, daß in Jahren nicht wieder gutzumachen wäre, was wir verlieren würden, wenn diese Aufgaben uns unvorbereitet und mangelhaft gerüstet überraschen würden.

Unser Verband nach 45 Kriegswochen.

Von der ersten Kriegswoche an hat der Verbandsvorstand die Einwirkungen des Krieges auf das Verbandsleben durch eine regelmäßige Wochenstatistik zu erforschen getrachtet. Nachdem die Entwicklung in ruhige Bahnen eingelaufen war, ist mit Ende April die wöchentliche Berichterstattung eingestellt worden. Nunmehr liegt das Ergebnis einer neueren Zählung vor, die am 15. Juni von den Zahlstellenverwaltungen unternommen wurde.

Von 836 Zahlstellen, die der Verband umfaßt, haben 787 berichtet. Die fehlenden 49 Zahlstellen hatten nach den über sie zuletzt vorliegenden Berichten noch 600 Mitglieder, während 818 zum Militärdienst eingezogen waren. Eine ganze Reihe Zahlstellen ist seit Kriegsbeginn eingezogen; zum größten Teil handelt es sich dabei um solche, die im Kriegsgebiet lagen. Ueber das Schicksal der dort vorhandenen ehemaligen Mitglieder ist Genaueres nicht bekannt; als zum Heeresdienst eingezogen sind von ihnen 91 gemeldet, welche

Zahl aber in Wirklichkeit beträchtlich höher sein muß. Auch von den Zahlstellen, die berichtet haben, ist anzunehmen, daß die Zahl der Eingezogenen vielfach zu gering angegeben worden ist, weil genaue Feststellungen nicht zu machen waren. Wir müssen vorläufig die Differenz, die sich ergibt zwischen den noch vorhandenen zuzüglich der eingezogenen Mitglieder und der Zahl derjenigen, die vor dem Kriege vorhanden waren, als Verlust buchen. Doch kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Verlust geringer ist, als er zahlenmäßig erscheint, weil eben darunter sehr viele Mitglieder fallen, die in Wirklichkeit eingezogen sind.

Die Zahl der Einberufenen hat sich seit der letzten Meldung wieder erheblich gesteigert, und zwar auf 74 791 (am 1. Mai 68 391). Demzufolge ist die Zahl der noch verbleibenden Mitglieder zurückgegangen; sie beträgt jetzt 89 304. Gegenüber dem Stand vom 1. Mai ist das ein Rückgang von 8903, während seitdem allein 6400 zum Militär abgegangen sind. Rechnet man dazu noch den natürlichen Abgang durch Tod usw., so ergibt sich als ein hoch erfreuliches Resultat der diesmaligen Zählung, daß wir seit Mai einige tausend Mitglieder neu gewonnen haben. Das widerlegt aufs blindeste die resignierte Meinung, die leider in vielen Zahlstellen anzutreffen ist, daß in der Kriegszeit die Agitationsarbeit „keinen Zweck“ hätte. Wir sind überzeugt, daß der Erfolg ein noch wesentlich größerer sein könnte, wenn allerorten mit dem nötigen Eifer an die Werbearbeit herangegangen würde.

Auch die Verminderung der Arbeitslosigkeit hat erfreuliche Fortschritte gemacht; arbeitslose Mitglieder sind am 15. Juni nur noch 4019 gegen 5205 am 1. Mai gezählt, der Prozentsatz ist von 5,6 auf 4,5 gefallen. Damit sind beinahe normale Verhältnisse erreicht, denn für Juni 1914 registriert die Verbandsstatistik 3,85 und für Juni 1913 sogar 4,95 Prozent Arbeitsloser. Allerdings wird immer noch eine große Zahl Mitglieder, nämlich 7551, mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt gemeldet. Von 19 905 (im Mai 19 900) Mitgliedern wird berichtet, daß sie in fremden Berufen arbeiten. Da sich auch der Krankenstand etwas gebessert hat, ist der Prozentsatz der in Arbeit stehenden von 91,4 auf 92,8 gestiegen. Die nachstehende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Entwicklung während der ganzen Kriegszeit:

Erhebungs- tag	Ein- berufen	Zurück- geblieben	Von den Zurückgebliebenen		In Arbeit			
			Arbeitslos %	Krank %	Arbeitslos %	In Arbeit %		
8. August	27 191	125 172	49 401	39,5	—	75 771	60,5	
15. "	31 514	120 230	52 009	43,3	—	68 221	56,7	
12. Sept.	38 953	125 575	40 761	32,5	4195	3,3	80 619	64,2
17. Oktob.	43 035	118 718	32 039	27,0	3741	3,2	82 938	69,8
14. Novbr.	45 491	116 572	25 406	21,8	3623	3,1	87 543	75,1
19. Dezbr.	46 655	108 658	18 089	16,6	3566	3,3	87 003	80,1
16. Januar	50 442	108 148	17 085	15,8	3655	3,4	87 408	80,8
13. Febr.	56 264	108 916	13 022	12,0	3807	3,5	92 087	84,5
13. März	60 377	104 239	8 095	7,8	3507	3,4	92 637	88,9
3. April	62 298	96 439	6 503	6,8	3208	3,3	86 728	89,8
10. "	64 102	96 481	6 397	6,6	3079	3,2	87 005	90,2
17. "	66 015	95 341	5 935	6,2	2938	3,1	86 468	90,7
24. "	66 846	93 970	5 599	6,0	2902	3,1	85 469	90,9
1. Mai	68 391	93 267	5 205	5,6	2770	3,0	85 292	91,4
15. Juni	74 791	89 364	4 019	4,5	2456	2,7	82 889	92,8

Schwere Opfer an wirtschaftlichen Gütern, und was noch furchtbarer ist, an Blut und Leben fordert der Krieg. Die Ehrentafel der gefallenen Mitglieder unseres Verbandes hatte schon Mitte März 2000 überschritten. Inzwischen ist das dritte Tausend der Veröffentlichten bald erreicht. Den Zahlstellenverwaltungen waren nach den Berichten vom 15. Juni bereits 3299 Gefallene gemeldet. Aber auch diese Meldungen sind unvollständig, und wir müssen in Wahrheit noch weit mehr gute Kameraden betrauern, denen für immer die Möglichkeit genommen ist, Schulter an Schulter mit uns wieder im Verband zu wirken. Ehre den gefallenen Helden und Duldern! Und für uns das Gelübde, an dem Werk, das sie zu Lebzeiten mit uns verband, in Treue festzuhalten!

Organisationsverderber.

In der politischen Arbeiterbewegung spielen sich seit Kriegsbeginn höchst unerfreuliche Vorgänge ab, dadurch verursacht, daß eine kleine Gruppe der Parteiangehörigen eine andere Stellung zu den Kriegstragen einnimmt, als die Majorität der Reichstagsfraktion, hinter der zweifellos die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder steht. Wir fühlen uns nicht berufen, in Dinge hineinzureden, die ausschließlich innere Verhältnisse der Parteiorganisation betreffen. Aber über diese Grenzlinie ist der unselbige Zwiespalt längst hinweggerückt, und wir haben leider Grund zu der Annahme, daß die Opposition gekünstlich und systematisch den Streit in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen versucht.

Eine ungeheure Gefahr tut sich hier auf, denn es ist heute offenkundig, daß eine bewußte Gruppe plamäßig auf die Spaltung der Organisation hinarbeitet. Die Opposition will nicht länger den demokratischen Grundlag anerkennen, daß die Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen hat, sie ist es müde geworden, Meinungen auszutauschen. Vielmehr ist in ihren Köpfen der ungeheuerliche Plan entstanden, die Organisation zu verderben, das heiligste Gut der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Einheit zu sprengen.

In der württembergischen Parteio rganisation ist dazu der erste Schritt mit praktischem Erfolg getan, an anderen Stellen wird mit unheimlichem Eifer dem gleichen Ziel vorgearbeitet, und die Gewissenlosigkeit der Organisationsvererber schreit nicht davor zurück, die Sprengbomben auch in die Gewerkschaftsbewegung zu schleudern. Länger dazu schweigen zu wollen, wäre Pflichtvergessenheit.

In der letzten Nummer des „Correspondenzblatt“ steht sich die Generalkommission der Gewerkschaften genötigt, folgende Rundgebung zu veröffentlichen:

„Ein „Mit Parteigruß“ schließendes, mit 172 Namen unterzeichnetes Schriftstück „An den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands! An den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion!“ ist in den letzten Tagen an die Gewerkschaftspressen, die Gewerkschaftskartelle und an Funktionäre der Gewerkschaften versandt worden. In dem Begleit Schreiben an die Gewerkschaftspressen so auch an das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission wird um Abdruck, in dem an die Gewerkschaftsfunktionäre um Mitunterzeichnung der Rundgebung gebeten, die, nach Form und Inhalt zu urteilen, von einer sehr phantastischen Begabung des Verfassers zeugt. Wir könnten, da wohl kaum die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes, die sich ihrer Verpflichtungen bewußt ist, das Schriftstück veröffentlichen, noch ein ernst zu nehmender Gewerkschaftsfunktionär es unterzeichnen wird, diesen Versuch, die Gewerkschaften in den Partiestreit hineinzuziehen, als erledigt gelten lassen. Die ganze Art der Aufmachung dieser Rundgebung nötigt uns jedoch zu einer Stellungnahme.

Diejenigen, welche das Schriftstück verantwortlich zeichnen, setzen neben Namen und Wohnort alle möglichen Titel. Wir finden da u. a. einen A. F. ... aus S.: „1. Vorsitzender des Wahlvereins, 1. Vorsitzender des Bildungsausschusses, Gemeindevorsteher“. Die Titelsucht dieser sich radikal-revolutionär gebärdenden Sozialdemokraten bietet dem Redakteur eines Witzblattes dankbaren Stoff. Leider ist das Schriftstück nicht zur Veröffentlichung in einem Witzblatt bestimmt. Die Titelbeigabe soll den Anschein erwecken, als wäre eine gewaltige, gegen den Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gerichtete Bewegung in der Arbeitererschaft Deutschlands vorhanden. Eine Bewegung, die von der Redaktion des „Vorm.“ sich bis zum „Revisor“ der Jahrsliste des Holzarbeiter-Verbandes in B.“ erstreckt. Das ist, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, eine bewußte Irreführung. Die Parteigenossen (es sind deren 20 unter 172), die ihrem Namen unter dem Rundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt, im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich in dem Rundschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeitererschaft Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte.

Es handelt sich bei diesem Rundschreiben nicht mehr um eine spontane Rundgebung, sondern um einen organisierten Sprengungsversuch der Einheit der deutschen Arbeiterorganisationen. Die Desorganisation soll herbeigeführt werden, weil die große Mehrheit der organisierten Arbeitererschaft sich dem Willen einer kleinen Minderheit nicht unterwerfen will. Es wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Arbeiterbewegung Deutschlands, wenn wir dies heute nicht offen aussprechen würden.

In dem Tage, an welchem nach Schätzung der Herausgeber des Rundschreibens dieses in der Partei- und Gewerkschaftspressen veröffentlicht werden sollte, erschien in dem Leipziger Parteiblatt eine im gleichen Sinne gehaltene Rundgebung, in der die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird, sich gegen die stets mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse der von ihnen eingesetzten Körperschaften zu wenden. Gezeichnet ist diese Rundgebung von dem Vorsitzenden des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sowie dem Redakteur des wissenschaftlichen Organs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Handlung von Genossen, denen die höchsten Ehrenämter in der Organisation in dem Vertrauen übertragen wurden, daß sie stets den Beschlüssen der Mehrheit Geltung verschaffen und dadurch die Einheit der Partei sichern würden, ist alles über den Haufen geworfen, was bisher in der Arbeiterbewegung Deutschlands als unantastbar galt.

Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen.

Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt, und die es für geraten halten, den Parteitritt in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisation der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Aenderung der eintretenden Not einbringen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die jäheren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.

Wir erwarten von den Gewerkschaftsvertretern, welche die Erfüllung ihrer Aufgaben ernst nehmen, daß sie alles daran setzen werden, die Geschlossenheit in der Gewerkschaftsbewegung nach wie vor zu erhalten.

Redaktionsherren haben sich auch vier Funktionäre einer mittelständigen Zahlstelle unseres Verbandes vor den Kartons der Organisationsvererber spannen lassen und haben das ein ganzes Schriftstück unter Hervorhebung ihrer Verbandsfunktion unterzeichnet. Höfentlich ist das geschickte in Unkenntnis der wahren Absichten bei den Redaktionen dieser Aktion, obwohl der Inhalt des Schriftstückes darüber Zweifel eigentlich nicht mehr offen läßt. Wir glauben fest, daß jeder Versuch, die Einheit unserer Organisation anzutasten, an dem geschlossenen Widerstand der Verbandsmitglieder zerbrechen

würde, der Dahelingebliebenen und mehr noch der im Felde Stehenden, die namenlose Erbitterung überkommen würde, wenn sie mit gebundenen Händen zusehen müßten, wie das Werk ihrer Opfer und Sorgen von feindlichen Gesellen zertümmert würde.

Auch der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der er Abrechnung hält mit den Organisationsverberbern und die Stellung der Partei zur Friedensfrage präzisiert. Die Spaltungspropagandisten suchen ihre frevelhaften Absichten mit der demagogischen Einschüchtlung zu beschönigen, Partelleitung und Reichstagsfraktion seien ganz in das Fahrwasser der imperialistischen Eroberungspolitik geraten und hielten ihre Ohren verschlossen gegenüber den Friedenswünschen des Volkes. In dem erwähnten Schriftstück heißt es, am 4. August habe das „Verlag der Partei“ begonnen, und in der Ratifikation des Reichstages sei die „Vollendung des Zusammenbruchs“ erfolgt. Die Reichstagsfraktion habe „den Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben“, und ein erheblicher Teil ihrer Mitglieder hänge mit dem „vollen Bewußtsein“ dieser Eroberungspolitik und „der hemmunglosen Wölferzerfleischung“ an.

Der Parteivorstand hatte leichtes Spiel, diese sinnlosen Mägen in ihrer ganzen Lächerlichkeit aufzudecken. Es genügt, dem die im Reichstage namens der Fraktion abgegebenen Erklärungen entgegenzustellen.

Die Opposition arbeitet bei ihrer Ministerarbeit besonders gern mit dem Trick, die sozialistischen Parteien und Fraktionen in den feindlichen Staaten als die mutigen Kämpfer für den Frieden hinzustellen, dem gegenüber der „Verrat“ der deutschen Partelleitung um so schwärzlicher erscheint. Der Trick ist deshalb so erbärmlich, weil damit die Tatsachen ganz genau bekannt ist. Aber sie spekulieren darauf, daß die Masse der Arbeiter diese Dinge nicht nachkontrollieren kann. Deshalb ist es nützlich, daß der Parteivorstand in seiner Rundgebung darauf eingeht und den unwiderlegbaren dokumentarischen Nachweis führt, daß die sozialistischen Parteien des feindlichen Auslandes zum größten Teil leider mit unbegreiflicher Leidenschaft und in aller Form verklären, von Frieden dürfe erst geredet werden, wenn Deutschland vernichtet wäre.

Mit durchaus erforderlicher Schärfe wird auch in dieser Rundgebung das Treiben der Organisationsverberber gebrandmarkt:

„Unverantwortliche Irreführung der deutschen Genossen ist es, wenn in anonymen Flugblättern und Pamphleten die internationale Lage und Vorgänge in der Partei in entstellter oder völlig wahrheitswidriger Weise dargestellt werden und der Vorwurf erhoben wird, die Partelleitung tue nicht genug, um den Friedenswillen der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen.“

Wer es mit der besonders in dieser ersten Zeit und auch nach dem Kriege so bitter nötigen Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung ernst meint, muß sich mit Entschiedenheit gegen dieses parteizerrüttende Treiben wenden.“

Ob diese durchaus zutreffende Kennzeichnung die Organisationsmaulwürfe von weiterer Wühlarbeit abhalten wird? Die Hoffnung ist sehr gering. Weit eher ist anzunehmen, daß sie nun mit vermehrtem Eifer auf den offenen Bruch, die Spaltung der Organisationen, hinarbeiten. Aber die Rundgebungen der Partei- und Gewerkschaftsleitungen haben der Sache die Schelle angehängt, und wir dürfen hoffen, daß die Masse der organisierten Arbeiter deutlich als vordem merkt, wohin die Reise eigentlich gehen soll.

Kriegsinvalidenfürsorge in Sachsen.

O. Sch. Heima t d a n k nennt sich eine Stiftung, die in Sachsen jetzt ins Leben gerufen wurde und die Aufgabe haben soll, den Dank der Heimat an die aus dem Kriege zurückkehrenden Kriegsinvaliden durch Betätigung sozialer Fürsorge abzutragen. Die Fürsorge soll sich erstrecken auf die Bemühungen, dem Invaliden die wirtschaftliche Selbstständigkeit wiederzugeben, insbesondere durch Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung und Auskunft über Versorgungsansprüche. Nötigenfalls können auch Geldunterstützungen oder andere Zuwendungen, insbesondere für Heilversfahren, gewährt werden. Zu der Gründungsversammlung, die vom Ministerium des Innern einberufen wurde, erhielt auch der sächsische Gewerkschaftsausschuß eine Einladung. Bei dem großen Interesse, das die Gewerkschaften bei dieser Gründung haben, war sich der Gewerkschaftsausschuß darüber einig, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten. Sind es doch vor allem Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, die als Kriegsinvaliden der Hilfe und Beratung bedürftig sind. Die Fragen der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung berühren so wichtige gewerkschaftliche Interessen, daß schon um deswillen die Beteiligung der Gewerkschaften dringend erforderlich ist.

Leider ist nun der Verwaltungsapparat der Stiftung nicht so aufgebaut, daß schon durch Statut den Gewerkschaften in der ihnen zustehenden Weise die Mitarbeit gewährleistet wird. Wie der Minister des Innern in der Gründungsversammlung ausführte, war man darauf bedacht, zunächst die pflichteifrigen Beamten des Staates in den Dienst der Sache zu stellen. Demzufolge ist auch die Gliederung der Organisation vorgenommen. Wie der Minister ausführte, war man bestrebt, zwischen bürokratischer und demokratischer Verwaltung einen harmonischen Ausgleich zu finden. Wenn man sich allerdings das fertige Produkt anschaut, so findet man, daß der Bürokratie auf Kosten der Demokratie die größten Konzessionen gemacht wurden. Die Verwaltung der Stiftung liegt zunächst in den Händen der Bürgermeister oder Amtshauptleute, als erweiterte Verwaltungsstellen kommen dann die Kreishauptleute in Betracht, und als oberste Instanz, die die Zusammenfassung oder Zentrale der Orts- und Kreisverbände bildet, präsidiert der Landesrat mit dem Minister des Innern als Vorsitzenden. Nur in den unteren Verwaltungsstellen, den Ortsvereinen, also da, wo die Bürgermeister oder Amtshauptleute den Vorsitz führen, können die Mitglieder die Hälfte der Verwaltungsmitglieder selbst wählen. Die andere Hälfte wird ernannt. Hierbei soll die Wahl auf solche Personen gelenkt werden, die für die Kriegsteilnehmerfürsorge oder

einzelne Zweige derselben wichtige Fachkenntnisse und Erfahrungen besitzen.

In den Kreisverbänden, die sich aus dem Zusammenschluß der Ortsvereine oder amtschauptmannschaftlichen Vereine bilden, haben die Vorstände der Ortsvereine das Recht der Wahl. Dieser so gewählte Kreisrat, im Verein mit dem Kreishauptmann, kann dann bis zu 15 Mitglieder frei hinzuwählen. Hierbei soll er seine Wahl in erster Linie ebenfalls auf solche Personen lenken, die für die Kriegsteilnehmerfürsorge oder einzelne Zweige derselben wichtige Fachkenntnisse oder Erfahrungen besitzen. Die oberste Instanz, der Landesrat, setzt sich zusammen aus dem Minister des Innern, aus sämtlichen Kreishauptleuten, je einem Vertreter des Kriegsministeriums, des Finanzministeriums, des Landesgesundheitsamts, des Landesauschusses der Vereine vom Roten Kreuz, des Königlich Sächsischen Militärvereinsbundes, des Landesauschusses für Krüppelfürsorge, des Landesauschusses für Kriegshilfe, drei Vertretern der Landesversicherungsanstalt und den beiden Präsidenten der Ständeversammlung. Diese hier Benannten können bis zu 50 Mitglieder frei hinzuwählen, wobei insbesondere auf eine entsprechende Vertretung der Berufsvereine Bedacht zu nehmen ist. Ob nun auch Vertreter der Gewerkschaften in den dreierlei Verwaltungskörperschaften hinzugewählt werden, liegt zunächst im Ermessen der Bürgermeister, der Amtshauptleute, der Kreishauptleute und des Ministers des Innern. Je von dem Grad der objektiven Würdigung, die der gewerkschaftlichen Tätigkeit von diesen Beamten des Staates gezollt wird, wird man auch Gewerkschaftsvertreter zur Mitarbeit berufen. Wenn man sich jedoch streng an die Bestimmungen halten will, wonach in erster Linie bei der Wahl Bedacht zu nehmen ist auf Personen, die in der Kriegsteilnehmerfürsorge oder einzelnen Zweigen derselben wichtige Erfahrungen und Fachkenntnisse besitzen, dann können die Gewerkschaften nicht wohl ausgeschaltet werden. Vorläufig sieht im Landesrat ein Gewerkschaftsvertreter, der aber nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Mitglied des Landesauschusses für Kriegshilfe berufen wurde. Vom Gewerkschaftsausschuß sind noch zehn Gewerkschaftsmitglieder in Vorschlag gebracht worden, es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Vorschläge berücksichtigt werden.

Die Mittel zur Erfüllung des Stiftungszweckes werden aufgebracht durch freiwillige Spenden, Sammlungen, Beihilfen des Reiches, des Staates sowie der Landesversicherungsanstalt und durch laufende Beiträge. Die Mitgliedschaft in den Ortsvereinen kann erworben werden durch einen Jahresbeitrag von mindestens 1 Mk. Auch können Vereine durch einen Jahresbeitrag von mindestens 10 Mk. die Mitgliedschaft erwerben.

Um nun zunächst in den Ortsvereinen sich einen Einfluß zu sichern, empfiehlt der Gewerkschaftsausschuß den Kartellen und Ortsverwaltungen, für eine größere Zahl von Mitgliedern die Mitgliedschaft zu erwerben. Bei dem Beitrag von 1 Mk. pro Jahr wird dies immerhin für eine größere Zahl von Mitgliedern möglich sein. Nähere Aufklärung über die Wichtigkeit der Sache wird noch durch Besprechungen mit den Kartellen erteilt werden.

Als Gründungszweck ist die Arbeitsvermittlung mit benannt. Hierbei taucht schon die Frage auf, von welchen Stellen aus soll die Arbeit vermittelt werden? Jedenfalls muß eine Zentralisierung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung stattfinden. In Dresden fand bereits eine Konferenz unter dem Vorsitz des Kreishauptmanns statt, die sich schlüssig wurde, die Arbeitsvermittlungstelle für die Kriegsinvaliden dem städtischen Zentralarbeitsnachweis anzugliedern. Ähnlich wird man es in den anderen Kreishauptmannschaften auch machen. Die Gewerkschaften müssen nun danach trachten, auch einen Einfluß auf die Verwaltung der Arbeitsnachweise zu bekommen. Es wird sich hierbei nicht bloß darum handeln, den Kriegsinvaliden Arbeit zu beschaffen, sondern ebenso wichtig ist es auch, darüber zu wachen, daß kein Arbeitswucher mit den Invaliden getrieben wird. Es machen sich jetzt schon Fälle bemerkbar, wonach Unternehmer versuchen, die Rente, die der Invalide für seine verstorbenen Gliedmaßen bekommt, für sich zu beanspruchen. Ein typischer Fall spielte sich in Leubsdorf im Erzgebirge bei der Firma Gebr. Richter, Holzwarenfabrik, ab. Dort meldete sich ein vom Militär entlassener Kriegsinvalid, der vordem schon in diesem Betrieb gearbeitet hat, wieder zur Arbeit. Der Kollege verdient vor dem Kriege wöchentlich 25 Mk. im Durchschnitt. Obwohl er durch seine Bestimmung nicht viel in seiner Arbeitsfähigkeit behindert ist, bot ihm der Fabrikant nun einen Wochenlohn von 17 Mk. Der Kollege lehnte dieses Angebot ab mit dem Bemerkten, daß doch nicht der Fabrikant seine Haut zu Markte getragen habe. Mithin gehöre doch auch ihm die Rente, und nicht dem Fabrikanten. Es wird in Zukunft eine verbienstvolle Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf diese Fälle Obacht zu geben. Unternehmer, die in schädlichem Eigennutz dem kriegsinvaliden Arbeiter durch entsprechende Lohnkürzungen die Rente wieder entziehen wollen, gehören öffentlich an den Pranger. Das wird helfen. Auf jeden Fall dient aber ein solcher Fall als Beispiel dafür, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften in der Fürsorge-tätigkeit für die Kriegsinvaliden eifrig bestrebt sind mitzuarbeiten und auch in den Ausschüssen eine entsprechende Vertretung bekommen. Dann wird es möglich sein, dem Arbeitswucher, der mit den Kriegsinvaliden betrieben werden kann, auch erfolgreich entgegenzuarbeiten.

Die Arbeitslosenfürsorge in Schlesien.

K. D. Außer den übrigen Ostprovinzen dürfte wohl kein anderer Landesteil in der Arbeitslosenfürsorge bisher so stiefmütterlich weggekommen sein wie Schlesien, obgleich es in wirtschaftlicher Hinsicht und mit seinen 5,3 Millionen Einwohnern nächst Rheinland die bedeutendste Provinz Preußens ist.

Eine großzügige Organisation der Arbeitslosenfürsorge, wie sie gegenüber der außerordentlich großen Anzahl Arbeitsloser in den ersten Monaten des Krieges seitens der Behörden dringend notwendig gewesen wäre, war vollständig zu vermissen, und steht auch im weiteren Verlauf des Krieges nicht zu erwarten, obgleich die Wiederkehr größerer Arbeitslosigkeit noch lange nicht als beseitigt angesehen werden kann.

Unserer Organisationen haben von jeher den Standpunkt vertreten, daß die beste Hilfe für die Arbeitslosen in der

Beschaffung lohnbringender Arbeit besteht. Hierzu gehört in erster Linie eine planmäßige Vermittlung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeit, die aber fast gänzlich fehlt. Nur in Breslau ist man zur Organisierung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den vorhandenen Arbeitsnachweiser geschritten. In den übrigen größeren Orten hat man wohl, soweit dies nicht schon geschehen war, die Eröffnung eines städtischen Arbeitsnachweises veranlaßt, ohne indessen die vorhandenen Arbeitsnachweise zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzufassen und ohne ihnen eine paritätische Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber zu geben. Es ist einleuchtend, daß Arbeitsnachweise solcher Art zum großen Teil im vornherein zwecklos sind, nicht beachtet werden und darum ihr Dasein vielfach im verborgenen kisten. Wie zum Beispiel in Ziegenhals, besteht solch ein Nachweis verschiedentlich nur in einem schwarzen Brett, auf dem die Arbeitsinhalte aus den verschiedensten Zeitungen aufgeklebt werden, die natürlich in Zeiten großer Arbeitslosigkeit für die Arbeiter in entfernteren Orten gar keinen Wert haben.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung wollen wir gern anerkennen, daß der Staat alle von ihm angefangenen Arbeiten nach Möglichkeit fortgeführt und neue in Auftrag gegeben hat. Die Gemeinden haben aber auf diesem Gebiete fast ganz verfaßt, trotzdem ihnen hierfür genügend Mittel vom Staat und auch von der Landesversicherungsanstalt zur Verfügung gestellt worden sind. Außer in Grünberg, Saynau und Ziegenhals, wo Rotstandsarbeiten, allerdings auch zu „Notstandspreisen“, in Angriff genommen wurden, ist uns gleiches aus anderen Orten nicht bekannt geworden. Nur Görlich sei in Verbindung hiermit benannt, wo auf unser gemeinsames Drängen mit den Arbeitgebern der Magistrat sich bemühte, dem Tischlereigewerbe einige Aufträge zu verschaffen. In Langenbielau bot man unsern arbeitslosen Kollegen zur Beschäftigung Steinflößen an.

Wenn schon, trotz der mangelhaft organisierten Arbeitsvermittlung, auch hier in Schlesien ein allmähliches Verlaufen der brachliegenden Arbeitskräfte nach den Stellen, wo sie Verwertung finden konnten, stattgefunden hat, so ist dies zum großen Teil das unbestrittene Verdienst der Gewerkschaften, die sich auch hierin wieder, wie in so vielen anderen wirtschaftlichen Dingen als regelnder Faktor erwiesen haben. Und entgegen der in bürgerlichen Kreisen noch vorhandenen Ansicht, sei hierbei gleichzeitig festgestellt, daß bei dieser Ausgleichsarbeit zwischen Angebot und Nachfrage keine Arbeitslosen bemerkt worden ist. War Arbeit im eigenen Beruf nicht zu haben, so wurde es nach Möglichkeit mit irgendeiner anderen Arbeit versucht, und als Beweis dafür finden wir denn in allen jetzt gangbaren Erwerbszweigen eine große Anzahl berufsfremder Arbeiter, unter denen unsere Kollegen mit rund 900 ein erhebliches Kontingent bilden. Diese somit erwiesene Anpassungsfähigkeit seitens der Arbeiterschaft an die, durch den Zwang der ersten Zeit geschaffenen Verhältnisse, wobei so manche Unannehmlichkeit in bezug auf gewohnte Lebensweise, ja selbst Gefahren für die Gesundheit mit in den Kauf genommen wurden, hat sicherlich viel zur wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und zur erfolgreichen Verteidigung unseres Vaterlandes beigetragen. Dieses sollte nachgerade auch von den Gegnern einer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft anerkannt werden. Jedenfalls aber dürfte die alte arbeiterfeindliche Phrase von der Bequemlichkeit und Faulheit der Arbeiter in Zukunft nur noch Gemeingut derjenigen sein, die zur eigenen Bereicherung Nieman aus der Haut der Arbeiter schneiden wollen. Wenn also durch die vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitslosenziffer in allgemeinen auf ein beinahe normales Maß zurückgeführt werden konnte, so ist sie doch in Orten mit Spezialfabrikationszweigen noch immer recht erheblich. Die gedankenlose Redensart, die wir gerade gegenwärtig oft zu hören bekommen, und nach der leider auch anscheinend von maßgebender Stelle zum Schaden der Arbeiter gehandelt wird: „Wer arbeiten will, findet Arbeit!“ trifft jetzt ebenso wenig zu wie früher. Ein Arbeiter, der sein Leben hindurch Spezialarbeit verrichtet hat, ist häufig beim besten Willen zu schwerer Kriegsarbeit, beim Schanzen oder in Metall-, Gruben- und Hüttenbetrieben nicht befähigt, obschon er seine gewohnte Arbeit noch Jahrzehnte sehr gut verrichten kann.

Darum darf sich die Arbeitslosenfürsorge nicht nur auf die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung beschränken, sondern sie muß sich auch erstrecken auf ausreichende Unterstützung all derer, die trotz des besten Willens zur Arbeit aus irgendeinem Grunde doch erwerbslos bleiben. In dieser Beziehung liegt es aber hier sehr im argen. In der Veröffentlichung der Generalkommission über „Die Arbeitslosenfürsorge der Gemeinden“ in Nr. 12 des Correspondenzblattes konnten unter 527 Gemeinden des Reiches, die in irgendeiner Form den Arbeitslosen Unterstützung gewähren, nur 15 von insgesamt 8942 vorhandenen Gemeinden in Schlesien aufgeführt werden. Es sind dies Breslau, Görlich, Liegnitz, Schweidnitz, Bunzlau, Grünberg, Langenbielau, Reichenbach, Waldenburg, Ober-Salzbrenn, Deutsch-Lissa, Freiburg, Pölsnitz, Zirlau und Keula. Und mit diesen paar Orten dürften in Wirklichkeit auch alle erfaßt sein, wo für die Unterstützung der Arbeitslosen etwas getan wird, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in Liegnitz und Bunzlau nur laufend Unterstützung in Naturalien und nur gelegentlich Geldunterstützung gewährt wird, während es in sechs Orten: Schweidnitz, Langenbielau, Reichenbach, Waldenburg, Deutsch-Lissa, Zirlau und Keula, überhaupt nur gelegentlich Unterstützung gibt. In Grünberg, wo die höchste Unterstützung für ein Ehepaar ohne Rücksicht auf Kinder ganze 2,40 Mk. die Woche beträgt, in Freiburg, wo sie für jede verheiratete Person 2,10 Mk., für das Kind 1,40 Mk., für die Familie aber höchstens 6 Mk. wöchentlich, und in Pölsnitz, wo sie für das Ehepaar 3 Mk., für jedes Kind 50 Pf., zusammen wöchentlich ebenfalls höchstens nur 6 Mk. beträgt, wobei in den letzten beiden Orten jede andere Unterstützung in Abzug gebracht wird, ist diese Unterstützung so gering, daß sie kaum das Verhängen verdrängen kann. Bestgestellt ist die Unterstützung in Breslau: mit 4 bis 6 Mk. für Verheiratete, 3 bis 4 Mk. für Ledige, 50 Pf. bis 1 Mk. pro Kind, höchstens 10 Mk. pro Familie und Woche. Hier ist die Fürsorge für die Arbeitslosen der nationalen Frauendienst übertragen. Gewerkschaftsunterstützung kommt nicht in Anrechnung. In Görlich mit 7,50 Mk. für männliche, 1,50 Mk. für weibliche Personen sowie auch 1,50 Mk. pro Kind für die Woche. Gewerkschaftsunterstützung wird hier kürzlichter Weise voll angerechnet. Ferner in Ober-Salz-

brunn mit 5,54 Mk. für das Ehepaar, 2,08 Mk. pro Kind, höchstens 11,77 Mk. pro Familie und Woche, wobei Unterstützung von anderer Seite nicht in Anrechnung gebracht wird. So wenig alle diese Unterstützungen den Ansprüchen der heutigen Zeit entsprechen, so haben sich die darum Bewerbenden mit gutem Grund obenrein noch darüber zu beklagen, daß sie oft einer geradezu demütigenden Prüfung hinsichtlich ihrer Bedürftigkeit unterworfen werden, was dem Ganzen den Charakter einer sozialen humanitären Einrichtung nimmt und den Stempel des entehrenden Almosen aufbrückt, weshalb viele auf die Unterstützung lieber ganz verzichten.

In diese geradezu trostlose Beschaffenheit der Arbeitslosenfürsorge Besserung zu bringen, haben auch alle diesbezüglichen Bemühungen der gewerkschaftlichen Zentralkommission Schlesiens und der Gewerkschaftsstelle nicht vermocht. Eine an beinahe 100 Gemeinden gerichtete und gut begründete Eingabe, mit dem Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung am Ende des vergangenen Jahres, hatte keinen Erfolg. Nur 17 Gemeinden sind uns bekannt geworden, in denen überhaupt Stellung zu dem Antrage genommen wurde. Das Ergebnis war zumeist eine glatte Ablehnung oder einige unvollkommene Maßnahmen, die in ihrer Wirkung der Ablehnung ziemlich nahe kommen.

Das im allgemeinen wenig förderliche Verhalten der Gemeinden zur Arbeitslosenfürsorge wird wenigstens zu einem erheblichen Teil verständlich durch die Stellungnahme der höchsten Provinzbehörden. So suchten einige unserer Vertreter im letzten November eine Aussprache mit dem Herrn Oberpräsidenten der Provinz zu erlangen, der jedoch die drei Regierungspräsidenten mit der Wahrnehmung derselben beauftragte. In einer hierauf mit dem Herrn Regierungspräsidenten in Breslau stattgehabten Aussprache machte dann dieser Herr aus seiner prinzipiellen Abneigung gegen jede Form der Arbeitslosenunterstützung, die nach seiner Meinung die Arbeiter nur verderbe, kein Hehl. Da konnte es nicht mehr verwundern, daß ein weiteres Gesuch an den Herrn Oberpräsidenten, für die Arbeitslosen in Freiburg Staatsmittel flüssig zu machen, durch den Regierungspräsidenten in Breslau mit folgendem Schreiben beantwortet wurde: „Auf das an den Herrn Oberpräsidenten gerichtete, an mich abgegebene Gesuch vom 3. Februar 1915 erwidere ich ergebenst, daß mir für den von Ihnen bezeichneten Zweck keine Fonds zur Verfügung stehen. Ich bleibe aber dauernd bemüht, die Bestrebungen der industriellen Firmen um Vermehrung der Arbeitsgelegenheit zu unterstützen.“

Vom gleichen Geist beherrscht war auch das Verfahren des inzwischen verstorbenen Landeshauptmanns und Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Freiherrn von Richthofen, welcher denselben Gemeinden, die die von der Landesversicherungsanstalt bewilligten Mittel für Kriegslosenfürsorge weder in Anspruch genommen hatten, mit Entziehung dieser Mittel drohte, falls sie sich unterziehen sollten, die obligatorische Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Auch von den übrigen Stellen und Beamten läßt sich natürlich gegen den Willen der höchsten Provinzbeamten nichts unternehmen, auch wenn bei ihnen noch soviel Einsicht und soziales Verständnis vorhanden wäre. So ist es denn ohne weiteres einleuchtend, daß unter solchen Umständen die leider noch auf freier Willensentscheidung beruhende Förderung der Arbeitslosenfürsorge in den Gemeinden unterbleibt, ernsthafteste Versuche dazu aber sofort im Keime erstickt werden. Rückständige und durch agrarische Interessen bestimmte Ansichten, die jedem sozialen Fortschritt von jeher hindernd im Wege standen, sollen anscheinend auch in dieser Frage bei uns in Schlesien wieder Trumpf sein.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 1953 Franz Borchardt, Tischl., geb. 10. 2. 75 zu Bromberg.
- 93 834 August Rehtopf, Holzarb., geb. 19. 5. 54 zu Lasfelde.
- 133 388 Karl Eberhardt, Tischl., geb. 28. 3. 80 zu Homberg.
- 146 392 Karl Krause, Klavierarb., geb. 3. 1. 50 zu Berlin.
- 193 126 Heinrich Niehaus, Tischl., geb. 9. 3. 68 zu Westrenger.
- 393 423 Karl Rudy, Tischl., geb. 26. 4. 60 zu Retau.
- 732 790 Hermann Deife, Tischl., geb. 13. 7. 97 zu Westerde.

Zentralkommission der Drechsler.

Von der Zentralkommission sind nunmehr bis auf den Unterzeichner sämtliche Mitglieder zum Militärdienst eingezogen worden. Alle Zuschriften sind deshalb bis auf weiteres an nachstehende Adresse zu richten.

Richard Kühnert, Leipzig - B., Mariannenstr. 105.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

Nicht allein die gegenwärtige Notlage unserer Kollegen infolge der ungeheuren Steuerungen, sondern auch die vielerorts gegebenen guten Beispiele zeitigen das Ergebnis, daß sich immer mehr Arbeitgeber dem Drängen der Kollegenchaft nach Gewährung von Steuerungszulagen wohlwollend gegenüberstellen. Wir sind heute wiederum in der Lage, mehrere solcher von sozialem Geiste zeugender Taten berichten zu können, während in vielen anderen Orten hierüber zurzeit noch verhandelt wird, hoffentlich mit einem für die Arbeiterschaft günstigen Ergebnis.

Die Hobelwerke in Mannheim zahlen den Maschinenarbeitern vom 15. Mai ab eine Zulage in der Höhe von 6 Mk. für Verheiratete und 4 Mk. für Ledige pro Monat. Denselben Satz erhalten die Schreiner und Schiffszimmerer bei den Schiffahrtsgesellschaften. Die Kistenfabrik Fajig & Hahn bewilligte auf Anregung unserer Verwaltung diesen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Diesem Beschluß hat sich die Firma Köhl & Co. in Erdwigschhausen angeschlossen.

In Finsterwalde hat die Firma C. S. Weise, Luxusmöbelfabrik, allen Arbeitern 2 bis 3 Pf. die Stunde zugelegt, während die Firma Walter Hygan auf alle Löhne und Akkordsätze eine Zulage von 10 Prozent bewilligte.

Die Firma Gebr. Reichstein in Brandenburg gewährte den in der Kinderwagenabteilung beschäftigten Korbmachern eine Steuerungszulage von 10 Prozent, dagegen wurde eine solche für die in der Stellmacherei beschäftigten Kollegen abgelehnt.

In Danzig kam eine Verständigung zwischen den Verbänden der Arbeiter und Arbeitgeber des Holzgewerbes zustande, welche besagt: Auf alle bestehenden Stundenlöhne erfolgt eine Steuerungszulage von 4 Pf. pro Stunde. Die bestehenden Akkordpreise werden um 8 Prozent erhöht.

In Ostrow zahlt der Tischlermeister Scherzkyg unseren Kollegen seit Anfang Juni eine Steuerungszulage von 5 Pf. pro Stunde.

Die Riemenfabrik Abbes & Co. in Holzminde gewährte dem Ersuchen der Arbeiterschaft entsprechend eine Steuerungszulage von 10 Pf. pro Stunde.

Nach vielfachen Bemühungen und anfänglicher Ablehnung hat die Waggonfabrik in Votha eine Kriegszulage von insgesamt 10 Prozent auf die früheren Löhne bewilligt.

In Breslau ist in der Waggonfabrik Vinke-Hoffmann durch das Vorgehen der vereinigten Gewerkschaften eine Steuerungszulage erreicht. Es erhalten Verheiratete bis zu zwei Kindern 2 Mk., bis zu drei Kindern 2,25 Mk., bis zu vier Kindern und darüber 2,50 Mk. pro Woche, sofern weniger als 30 bzw. 33 Mk. pro Woche verdient werden, bei einer Arbeitszeit von 55 resp. 60 Stunden. Alle vier Wochen findet eine Nachprüfung statt.

In Hamburg hat die Firma Fittge & Michaelis, Möbelfabrik, 2 Pf. Kriegszulage pro Stunde bewilligt. In Betrach kommen 36 Tischler und 4 Maschinenarbeiter. Zwei Firmen der Korbindustrie haben ebenfalls Steuerungszulagen bewilligt, bei der einen Firma wöchentlich 3 Mk. Das Daugegeschäft Hagen Sellbrock hatte eine Steuerungszulage abgelehnt, durch Verhandlungen ist es aber dann doch gelungen, für die Tischler und Maschinenarbeiter 5 Pf. Lohn-erhöhung pro Stunde durchzusetzen.

In Bergen a. Rügen hatten unsere Korbmacher längst den Wunsch, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse endlich mal tariflich zu regeln, und auch einige, der heutigen Zeit entsprechende Verbesserungen zu erzielen. Ein Anfang Juni dem Korbmachermeister G. Wölle eingereicherter Tarifvertragsentwurf, der einen Vertrag auf zwei Jahre vorziet, wurde von diesem nach mehreren Verhandlungen in vollem Umfange anerkannt. Der Vertrag bringt unseren Kollegen ab 4. Juli 1915 eine Arbeitszeitverkürzung um zwei Stunden pro Woche, Erhöhung der Stundenlöhne um 8 bis 5 Pf., Erhöhung der Akkordpreise um durchschnittlich 10 Prozent und einen Zuschlag für Ueberstunden von 10 Pf. und für Sonntagsarbeit von 20 Pf. pro Stunde. Der schönen Erfolg haben die Kollegen in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß sie sämtlich im Deutschen Holzarbeiter-Verband organisiert sind und die frühere Zersplitterung durch die Einsicht der Kollegen nun endlich beseitigt ist. Das wird auch weiterhin zu ihrem eigenen Vorteil sein.

In Briest bei Brandenburg befinden sich seit Kriegsausbruch die Brandenburgischen Flugzeugwerke, wo neben 200 Metallarbeitern 50 bis 60 Holzarbeiter beschäftigt sind. Auf Grund des Tarifabschlusses in den Berliner Flugzeugwerken wurden auch in Briest Forderungen unterbreitet, die zu einer für die Arbeiter günstigen Vereinbarung führten. Der Einstellungslohn ist von 55 Pf. auf 65 Pf. für gelernte Handwerker und 60 Pf. für Maschinenarbeiter erhöht; nach zwei Wochen tritt eine weitere Erhöhung auf 75 resp. 70 Pf. ein. Ein weiterer Vorteil ist die Garantierung des Stundenlohnes bei Akkordarbeiten.

Agitationsberichte.

Gau Berlin. Von den 94 Ortsverwaltungen haben die nachstehenden nicht berichtet: Berlin-Buchholz, Copenick, Crossen, Driesen, Hennigsdorf, Hoyerswerda, Joachimsthal, Samter, Sagan, Schneidemühl, Schönlanke, Senftenberg, Sorau Sprottau, Seltow, Templin, Belten, Werneuchen, Wriezen, Zehdenick, Zehlendorf und Zossen. Von diesen 22 Zahlstellen scheiden über die Hälfte aus, da dieselben unter zehn Mitglieder zählen und unorganisierte Holzarbeiter in diesen Orten kaum vorhanden sind. Von den verbleibenden Zahlstellen, die einen Bericht eingeschickt haben, teilen zehn Ortsverwaltungen mit, daß sie keine Agitation in der festgesetzten Woche betrieben haben. Die Verwaltung der Zahlstelle Forst schreibt, daß jede Agitation überflüssig sei, da alles organisiert sei und jeder dazugehörige Kollege auch wisse, was er seiner Organisation gegenüber schuldig sei. Die Verwaltungen der Zahlstellen Angermünde, Arnswalde und Belzig berichten, daß in ihren Orten nur zwei bis fünf Kollegen vorhanden sind, die auch jeden Tag mit ihrer Einberufung zum Kriegsdienst rechnen und somit von der Agitation Abstand nehmen müssen. Die Verwaltungen von Dderberg, Errehin, Rowawes und Weißwasser geben an, daß die Betriebe am Orte geschlossen sind und daß die Mitglieder außerhalb des Ortes arbeiten, desgleichen auch die noch vorhandenen unorganisierten Holzarbeiter. Die Verwaltung der Zahlstelle Grob-Lichterfelde gibt für ihre Nichtbeteiligung an der Agitation an, daß die jetzige Zeit die ungeeignetste sei, um Mitglieder zu werben. Die Verwaltung Klosterfelde hält es für gänzlich überflüssig, etwas über die Agitationswoche zu berichten, sie sandte den Fragebogen ohne jede weitere Mitteilung unausgefüllt an uns zurück.

Von den 62 Zahlstellen, die den Fragebogen ausgefüllt und einen Bericht eingeschickt haben, ist in der Agitationswoche gut und tüchtig gearbeitet worden. Allen Wünschen der Zahlstellen um Entsendung von Referenten oder Hilfeleistung bei der Hausagitation hat der Gauvorstand Rechnung getragen. In der Agitationswoche hat der Gauvorstand an 21 Sitzungen und Versammlungen teilgenommen. Mitgliederversammlungen haben 34 in 29 Zahlstellen stattgefunden, die von 1280 Kollegen besucht waren. In einigen Zahlstellen ließ der Besuch der Versammlungen zu wünschen übrig, trotzdem die Verwaltungen eine rege Propaganda entfaltet hatten. Werkstatt- und Betriebsversammlungen wurden in 27 Zahlstellen 586 abgehalten, davon entfallen allein auf Berlin 541. In diesen 586 Sitzungen waren 1288 Betriebe geladen, von denen aber

nur 976 der Einladung Folge geleistet haben. In diesen sind 13 990 Kollegen beschäftigt, von denen 5551 dem Auf...

Die Hausagitation, die noch immer das beste und leichteste Mittel ist, um an die unorganisierten Kollegen heranzukommen...

Mitglieder, die mit ihren Beiträgen über sechs Wochen im Rückstand waren, wurden aus 32 Zahlstellen 382 gemeldet...

Das Resultat der Agitationswoche ist für unseren Gau nicht zufriedenstellend. Wohl sind 514 Mitglieder neu gewonnen...

Zell der Kollegen von dem Versammlungsbesuch abgehalten haben. In etwas mag dies zutreffen, aber doch nicht in dem Maßstabe...

Der Verlauf der Agitationswoche hat allen den Kollegen, die tüchtig bei der Agitation mitgearbeitet haben, gezeigt...

Korrespondenzen.

Baugen. Die hiesige Waggonfabrik Busch hat sich seit Kriegsbeginn in anerkannter Weise um die Familien ihrer im Felde stehenden Arbeiter bekümmert.

zugunsten der Hinterbliebenen bei einer Kriegsversicherung versichert. Auch billiges Brennholz stellt die Firma...

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz ist nach Mitteilungen, die uns in den beiden letzten Wochen zugehen, folgenden Kollegen verliehen worden...

Literarisches.

Unser Garten. Heft 3 bis 6 nebst Beilagen sind erschienen. Frankische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Anzeigen.

Erleben. Die arbeitssuchenden Kollegen werden dringend ersucht, nur den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Tüchtige Glaser, Tischler und Maschinenarbeiter sucht G. Groß, Meerane (Sachsen).

Einen Tischlergesellen verlangt Albert Rielke, Tischlermeister, Rügenwalde a. d. Ostsee.

Einige tüchtige Schreiner können sofort eintreten bei Gottl. Schuster, mech. Schreinerei Heilbronn a. Neckar

Tischler.

Mehrere selbständige und nach Zeichnung arbeitende ältere, tüchtige Tischler, Beizer und Polierer...

Zwei tüchtige Polierer, welche auf Pianos gearbeitet haben, werden sofort und für dauernde Stellung gesucht.

Zwei tüchtige Polierer zum sofortigen Eintritt gesucht. Werkstätten Bernhard Stadler, Paderborn.

Leistenfabrik sucht tüchtigen Grundierer.

Soldner, mit dem Maschinengrundieren vertraut, bevorzugt. Bei guten Leistungen dauernde, selbständige Stellung...

2 Drechsler und 1 Drechslerpolierer auf Maschinenarbeit stellt sogl. ein. Güter Verdienst. Julius Schellbach, Ludekwalde.

2 bis 3 Korbmacher Peddigmöbel stellt sofort ein. Herr. Grahl, Rohrmöbelfabrik, Berber a. d. Havel.

Norwegen. Junge tüchtige Korbmacher auf Bekleidungs für dauernd gesucht.

Lein, Christiania, Chr. Augustsg. 5.

Korbmacher

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Jüngerer tüchtiger Korbmacher für Geflägen u. Reparatur gesucht, gute Bezahlung. Alfred Lehmann...

6 Korbmacher auf grüne Mattarbeit stellt sofort ein. Gottfried Wolle, Bergen a. Rügen.

Einige Korbmacher auf Weißgeschlagen u. Grün gesucht. Verheiratete bevorzugt, weil Lebensstellung. Georg Kappel, Waren i. Mecklb.

5 Korbmacher auf 98er Munitionskörbe und 10 Korbmacher auf Feldminenkörbe für sofort gesucht. Herr. Elling, Rheine (Westf.)

Mehrere Korbmacher auf Grüngefägen stellt sofort ein bei tarifmäßigem Allflohlohn. Christian Präger, Korbwarengeschäft, Nürnberg, Beilholdstr. 21.

Korbmacher

auf Gefäßkörbe gesucht. Gebr. Wolff, Bernburg.

Korbmacher. Einige Arbeiter auf Geflägen bekommen f. hoh. Allflohlohn sof. Arbeit auf Reifekörbe. A. Wendler, Korsgade 16, Ropenhagen.

3 Korbmachergehilfen auf gemattete Gefäßkörbe sowie runde Mattarbeit u. Grüngefägen bei gutem Lohn stellt ein. Franz Ulrich, Perleberg.

Suche für sofort einen tüchtigen Bürstenmachergehilfen. Bernh. Geßner, Cassel.

Korbschneider (Maschinenschneider) sofort für dauernd gesucht. Heinrich Lucius, Korbfabrik, Frankfurt a. M.

2 tüchtige Korbmacher auf grüne Mattarbeit und geflägeln Arbeit sofort gesucht. Lohn nach Braunschweiger Tarif. Fritz Kamrath, Korbmachermeister, Osterburg, Altmark.

Rohr billigst abzugeben. 180 Zlr. Korbrohr, 3,7 u. 4,8 mm, 100 Peddig, 4,6 u. 7/11 mm, 100 Korbschienen, 100 Wickebast. J. H. Bütel, Fabrikantenfabrik, Hamburg 8.

Fachblatt-Abonnement

An die Zahlstellenverwaltungen richten wir das dringende Ersuchen, den Bedarf an Fachblatt für das 3. Quartal 1915 so bald wie möglich uns mitzuteilen...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16 Am Kölnischen Park 2.

Eingelegte Furniere für Nähtische, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungschriften. E. Biller, Marqueteur, Heidelberg Theater-Strasse 7.

Werkzeug-Neuheiten

jeder Art. Jeder verlangt sof. gratis u. fr. Preislisten von Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Uppiner Strasse 31.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwalt. Berlin

Nach dem Arbeitsvertrag für das Berliner Holzgewerbe

vom 16. Februar 1913 treten am 1. Juli 1915 folgende Bestimmungen in Kraft:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt für alle dem Verträge unterstehenden Branchen die Woche 50 Stunden. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in den ersten fünf Tagen der Woche je 8 1/2 Stunden... 2. Als Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung tritt 1 Pfennig Lohnhöhung für Lohnarbeiter und 1 1/2 Prozent Aufschlag für Akkordarbeiter ein.

Alle etwa entstehenden Differenzen sind der Schlichtungskommission zu melden. Die Ortsverwaltung.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Table with columns: Ort, Beruf (Bautischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen), and columns for weeks A, B, C. Total entries include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eilenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Hersfeld, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Vorwoche.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.